

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Schul-, Sport- und Kulturausschuss
Sitzungsdatum:	Dienstag, den 21.10.2008
Sitzung Nummer:	40 (SSKA/40)
Sitzungsdauer:	17:00 - 18:55 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungsraum "Osterburg"

Edith Braun
Vorsitzende/r

Sabine Herzog
Protokollführer/in

Anwesend:

Vorsitz

Frau Edith Braun

Mitglieder

Herr Günter Bartels
Herr Dr. Michael Kühn
Herr Bernd Prange
Frau Bärbel Voigt
Herr Peter Zimmermann

sachkundige Einwohner

Frau Grit Dräger
Herr Sven Oeberst
Herr Peter Scholz
Frau Ulrike Weis

Protokollführer

Frau Sabine Herzog

von der Verwaltung

Frau Dr. Ulrike Bergmann
Herr Yves Richter
Frau Annemarie Theil

Abwesend:

Mitglieder

Herr Rüdiger Kloth

sachkundige Einwohner

Frau Karin Köppe
Frau Harriet Tüngler

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung
- 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 39. Sitzung vom 09.09.2008

- 4 Vertrag über die Förderung des Theaters der Altmark Stendal - Landestheater Sachsen-Anhalt-Nord (Zeitraum 2009-2012)
Vorlage: 444
 - 5 Diskussion zur Mitteilungsvorlage" Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut- Antrag der Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/ Die Grünen"
 - 6 ESF-Programm "Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs" - Stand der Kooperation zwischen Trägern der Jugendhilfe und Schulen des Landkreises Stendal
Vorlage: 436
 - 7 Informationen zur Schulentwicklungsplanung
 - 8 Anfragen und Hinweise
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende eröffnet um 17:06 Uhr die 40. Sitzung im Raum Osterburg des Landkreises Stendal. Sie begrüßt die Mitglieder des Fachausschusses sowie alle anwesenden Gäste.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Ausschussmitglieder und der Tagesordnung

Frau Braun stellt die ordnungsgemäße Ladung fest; die Beschlussfähigkeit liegt vor. Von den Mitgliedern des Fachausschusses fehlen Frau Köppe, Frau Tüngler und Herr Kloth. Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

zu TOP 3 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 39. Sitzung vom 09.09.2008

Der öffentliche Teil der Niederschrift der 39. Sitzung wird bestätigt

zu TOP 4 Vertrag über die Förderung des Theaters der Altmark Stendal - Landestheater Sachsen-Anhalt-Nord (Zeitraum 2009-2012) Vorlage: 444

Frau Braun gibt die Vorlage zur Diskussion frei und bittet um Anfragen/Meinungen.

Herr Prange stellt die Frage, ob die Förderung des Theaters im Haushaltsplan beanstandet wurde, da es sich hierbei um eine freiwillige Aufgabe des Landkreises handelt. Er ist der Meinung wir geben Geld aus, obwohl wir es nicht haben.

Frau Theil erklärt, dass diese Zuweisung in Höhe von 463.600 Euro im Haushaltskonsolidierungsplan enthalten ist und dass das Landesverwaltungsamt dies nicht beanstandet hat.

Herr Prange ist der Ansicht, dass durch eine Förderung des Theaters, der Stadt Stendal ein Teil der Kreisumlage zurück geben wird. Wir schenken der Stadt sozusagen Geld.

Frau Braun erläutert, dass das Theater zu 49% vom Land gefördert wird. Der Landkreis Stendal muss sich zur Vereinbarung mit der Stadt Stendal bekennen, um das Theater nicht insgesamt zu gefährden.

Herr Prange will wissen, ob es effektiv und notwendig ist das Theater zu finanzieren.

Hierzu äußert Herr Zimmermann, dass Kinder von dem Theater profitieren. Obwohl die finanzielle Lage schlecht ist, sollte man sich das Theater weiterhin leisten.

Außerdem führt er an, dass der Landkreis das Theater im Vergleich zur Stadt Stendal, mit einer geringeren Summe fördert.

Er stellt die Frage, ob es nicht möglich wäre, die Eintrittspreise für die Kinder zu fördern.

Herr Bartels denkt, dass es unsere moralische Pflicht ist, das Theater zu erhalten, denn es ist das einzige in der Altmark.

Frau Voigt fügt hinzu, dass Stendal sich das Theater nicht umsonst etwas kosten lässt. Für einige Menschen ist das Theater als Standortfaktor ein Grund, hier wohnen zu bleiben.

Das Theater spielt in der Region eine große Rolle, denn es ist das einzige im ganzen Nordbereich.

Herr Dr. Kühn schließt sich Frau Voigt an. Außerdem ist er der Meinung, dass eine gewisse Attraktivität vorhanden sein muss, um neue Menschen anzulocken, nicht nur durch das Krankenhaus oder der Volkshochschule.

Frau Braun meint, dass wir uns zum Theater bekennen sollten, denn so stärken wir gleichzeitig die Region, obwohl unsere finanzielle Lage vielleicht so noch schwächer wird.

Herr Prange hingegen ist dafür, dass wir das Theater nicht fördern sollten, denn wir müssen endlich versuchen, einen ausgeglichenen Haushalt herbeizuführen.

Herr Scholz räumt ein, dass das Theater zu teuer ist. Vergleicht man das Theater in Stendal und in Magdeburg, kann man feststellen, dass die Eintrittspreise in Stendal viel höher sind als in Magdeburg. Außerdem ist das Angebot in Magdeburg viel attraktiver.

In diesem Zusammenhang verweist er auf Theaterstücke für Kinder/Jugendliche in englischer Sprache.

Frau Braun beendet die Diskussion und bittet um das Votum des Fachausschusses.

Der Fachausschuss beschließt mehrheitlich mit einer Gegenstimme, den Vertrag zur Förderung des Theaters der Altmark über den Kreis-, Vergabe- und Personalausschuss an den Kreistag weiter zu leiten.

mehrheitlich zugestimmt

zu TOP 5 Diskussion zur Mitteilungsvorlage" Erarbeitung einer Strategie des Landkreises Stendal zur Bekämpfung der Kinderarmut- Antrag der Fraktion DIE LINKE-Bündnis 90/ Die Grünen"

Da die DS 404 schon im Fachausschuss am 15.07.2008 und in anderen Fachausschüssen behandelt wurde, eröffnet Frau Braun gleich dazu die Diskussion.

Sie stellt fest, dass der § 16 SGB VIII- Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie-

nicht umgesetzt ist. Die Durchsetzung wäre als Pflichtaufgabe des Landkreises Stendal zu werten.

Die Dinge, die der Landkreis bisher aufgeschlüsselt hat (z.B. kostenfreie Schulbücher, kostenfreies Schulesen, Sportbeiträge u.a.) sind der falsche Ansatz.

Wir als Landkreis sollten mit Jugendamt, Sozialamt und ARGE ein Netz aufbauen, um in die Familien gehen zu können und um zusammen mit Kindergarten und Schule mehr Verantwortung wahr zunehmen. Damit könnte die Chancengleichheit für alle Kinder erhöht werden.

Ziel ist, dass die Eltern an sich arbeiten und selbständiger werden.

Frau Voigt führt aus, dass im Jugendhilfeausschuss am 07.10.08 lange Debatten geführt und mehrere „Säulen“ erarbeitet wurden, auf denen in Zukunft aufgebaut werden soll:

Als 1. müssen nicht befähigte Eltern erreicht und animiert werden, an Projekten teilzunehmen.
Als 2. sollte man sich mit dieser Thematik über den Kreistag hinaus an den Landtag und Bundestag wenden.

Der Beschluss der Bundesregierung zur Kindergelderhöhung stößt auf starken Protest aller Fachausschussmitglieder, da man der Meinung ist, dass dieses Geld überhaupt nicht bei den Kindern ankommt.
Eine einkommensschwache Familie hat gar nichts davon.
Viel besser wäre es, wenn z.B. in einer Kindereinrichtung ein gemeinsames Frühstück für Kinder von 0-3 Jahren gestützt wird.

Herr Bartels bezeichnet die Kindergelderhöhung als „Showmanöver“.
Diese Summen sollte man pro Kind beispielsweise in die Schulen geben.
Die betroffenen Eltern und Kinder haben den Mut zum Leben verloren und sich zum Teil schon aufgegeben. Aus diesem Kreis müsste man Leute finden, die etwas dagegen „unternehmen“.

Er führt aus der Stadt Havelberg ein Beispiel an, wo sich bereits in kleinem Kreis 10-12 Eltern treffen, um Probleme auszutauschen, um sich selbst zu helfen.
Räume dafür konnten zur Verfügung gestellt werden.
Sie sollen dabei lernen, von allein neue Wege zu gehen.

Frau Braun merkt dazu an, dass diese Zahl zu gering ist; es müssten viel mehr Eltern erreicht werden, um einen Erfolg zu haben. Aber alle Eltern und Kinder zu erreichen ist eine riesige Herausforderung und wird schwer machbar sein.

Ihr liegen besonders die Grundschüler am Herzen, da nicht bei allen Kindern gewährleistet ist, dass sie ein Frühstücksbrot dabei haben.

Herr Bartels gibt zu bedenken, dass die Treffen der Eltern nur der Anfang sein können und ein kleiner Baustein sind. Vielleicht lässt sich dieses Beispiel erweitern.

Herr Prange begrüßt das Beispiel von Herrn Bartels als „Mosaikstein“ und freut sich über solche Ideen.
Auf Grund des Arbeitsplatzmangels und des Bevölkerungsschwundes ist es sehr schwer, die Mütter und Väter in Arbeit zu bringen. Er sieht im Moment keinen Lösungsweg dafür.

Frau Voigt wirft die Frage auf, ob es nicht möglich ist, wie früher, in Problemhäuser zu gehen?
Dabei handelt es sich hauptsächlich um Haushalte von Bedürftigen.

Herr Scholz antwortet darauf, dass diese Besuche auch heute noch praktiziert werden.

Frau Dräger äußert dazu, dass sie Fälle kennt, wo gerade diese Eltern überhaupt nicht gesprächsbereit sind und die Türen erst gar nicht auf machen.

Frau Braun hatte unlängst ein Gespräch mit der Schulleiterin der Sekundarschule „Diesterweg“, Frau Mattner.

Darin kam zum Ausdruck, dass es immer mehr verhaltensauffällige Kinder gibt, die aus schwierigen Elternhäusern kommen. Gerade an diese Eltern müssten wir herantreten.

Herr Zimmermann findet alles Gesagte richtig.
Die Hauptursache dieser Fehlentwicklung sind die Arbeitslosigkeit und die gesellschaftlichen Verhältnisse.
Die Gesamtproblematik geht über einzelne Problemfälle hinaus und man müsste dann darüber nachdenken, Personal einzustellen oder Zuschüsse zu beantragen.
In anderen Landkreisen geht man z.B. wieder dazu über, Schulmaterialien kostenlos zur Verfügung zu stellen.
In unserem Landkreis nutzen z.B. immer mehr Elf- und Zwölftklässler sowie Vollzeit-Berufsschüler den Fahrkostenzuschuss, der sich zum Ende des Jahres entgegen dem Vorjahr 2007 verdoppeln wird.

Im Rahmen dieser Diskussion erwähnt er auch die Sekundarschule „Komarow“ als sozialen „Brennpunkt“ und schlägt vor, diese Schule als Ganztagschule zu erhalten und auszubauen, gerade weil hier Kinder aus sozial schwachen Familien oder mit Migrationshintergrund zur Schule gehen.

Frau Braun sagt dazu, dass wir unter Umständen Probleme bekommen werden, unsere Sekundarschulen in Stendal vernünftig auszulasten und bezeichnet auch die Sekundarschulen „Diesterweg“ und „Comenius“- Ganztagschule- als „Brennpunkte“.

Man muss sehen, wie sich die Entwicklung vollzieht und welche Schulen bei der neuen Schulentwicklungsplanung 2008/09 bis 2013/14 Berücksichtigung finden.

Herr Scholz äußert dazu, dass es auch in seinen Privatschulen Schüler mit Problemen gibt.

Er findet das soziale Engagement in Ordnung und begrüßt es, wenn die Kinder Büchergeld und eine warme Mittagsmahlzeit kostenlos bekommen würden.

Frau Braun verweist darauf, die Verhältnismäßigkeit der Mittel zu betrachten.

Sie schlägt vor, den § 16 des SGB VIII pädagogisch und praktisch umzusetzen und stellt folgenden Antrag an die Verwaltung:

1. Mit den Fachämtern Jugendamt und Sozialamt sowie der ARGE sind entsprechende Konzepte vorzubereiten und Mittel zu beantragen.
2. Für das Haushaltsjahr 2009 sind für die Umsetzung des § 16 SGB VIII finanzielle Mittel einzustellen.

Diesem Antrag an die Verwaltung wird mehrheitlich zugestimmt.

Herr Prange schlägt weiterhin vor, alle Ämter und Dezernate in diese Arbeit mit einzubeziehen und dass regelmäßig im Jugendhilfeausschuss bzw. Schul-, Sport- und Kulturausschuss darüber berichtet wird, was das Jugendamt, Sozialamt und die ARGE in gemeinsamer Zusammenarbeit erreicht haben.

Herr Zimmermann stellt die Frage, ob man nicht eine Untersuchung machen könnte, um herauszubekommen wie viele Kinder an der Schulspeisung teilnehmen und wie es sich mit den Kindern verhält, die aus problematischen Elternhäusern kommen.

Als Basisschule könnte man z.B. in der Sekundarschule „Comenius“- Ganztagschule beginnen.

Frau Braun merkt an, dass es nicht nur um die warme Mittagsmahlzeit in der Schule geht, sondern es kommen viele Kinder in die Schule, die nichts gegessen haben und auch kein Frühstücksbrot mit haben.

Frau Dr. Bergmann gibt zu bedenken, dass die Zahl der Esser und Nichtesser schnell festgestellt werden kann, aber welches Kind ein Frühstücksbrot mit hat oder nicht, ist schwer zu prüfen.

Außerdem begeben wir uns hier auf Privatebene und müssten die Eltern (Kreiselternrat) mit einbeziehen.

Es stellt sich die Frage: Welcher Lehrer soll das einschätzen?

Da es sich vorwiegend um kleine Schülerinnen und Schüler handelt, müssten auch die Grundschulen eine Zählung vornehmen.

Diese befinden sich aber in Trägerschaft der Kommunen.

Frau Dräger meint, dass man nicht nur in der Sekundarschule „Comenius“ eine Zählung vornehmen könnte, sondern auch in der Sekundarschule „Diesterweg“, da auch hier ein hoher Anteil an Schülern ist, der von morgens bis nachmittags in der Schule ist.

Sie schlägt vor, eine Zählung und Analyse für die 5. und 6. Klassen vorzunehmen.

Herr Zimmermann gibt zu bedenken, dass nicht alle Kinder und Eltern dazu Auskünfte erteilen werden.

Frau Braun merkt an, dass es sich um eine freiwillige Aufgabe handelt.

Frau Theil schlägt vor, die Schulen mit zu beteiligen.

Herr Zimmermann geht mit den genannten Vorschlägen mit, äußert aber auch, dass der Aufwand erst einmal nicht zu überblicken ist.

Herr Prange fragt, wie es denn weitergeht, wenn wir festgestellt haben, dass 30 oder 50 Kinder nicht essen? Man müsste nach den Ursachen suchen und sich fragen, wie das zu ändern ist.

Frau Braun antwortet darauf, dass man daran anschließend untersuchen müsste, ob diese Kinder verhaltensauffällig sind bzw. Förderbedarf haben. Die Dinge sind "aufzudröseln" und man müsse so zum Kern kommen.

Herr Bartels betrachtet dies sehr differenziert, denn was sollen die Lehrer noch alles machen?

Kommt man zu wahrheitsgemäßen Angaben? Da es sich um eine statistische Erhebung handelt, hat er seine Zweifel.

Herr Oeberst bestätigt die Aussage von Frau Dr. Bergmann, dass es einfach festzustellen ist,

wie viel Schüler an einer Schule essen und wie viel nicht.

Wichtiger sei zu erforschen, warum Schüler ab der 4.Klasse nicht mehr essen.

Frau Braun stellt fest, dass man dazu Fakten und Analysen braucht.

Dieses ist die Aufgabe der Fachämter, aber man könnte mit dieser Thematik z.B. auch an die Fachhochschule herantreten und eine Projektarbeit ins Leben rufen.

Frau Theil äußert, dass so eine Studie eine gewisse Zeit in Anspruch nimmt, aber vom Grundsatz her machbar ist. Sie stimmt den Vorschlägen von Frau Braun zu.

Frau Braun fasst zusammen, dass laut Geschäftsordnung ein Antrag an die Verwaltung gestellt wird, die Durchführung der Analyse durch die entsprechenden Fachämter zu organisieren.

Wenn die Analyse vorliegt, soll eine Auswertung erfolgen.

Dem Antrag stimmen alle Mitglieder des Fachausschusses mehrheitlich zu.

Da es keine weiteren Diskussionsbeiträge gibt, beendet Frau Braun den TOP 5.

**zu TOP 6 ESF-Programm "Projekte zur Vermeidung von Schulversagen und zur Senkung des vorzeitigen Schulabbruchs" - Stand der Kooperation zwischen Trägern der Jugendhilfe und Schulen des Landkreises Stendal
Vorlage: 436**

Niemand von den Anwesenden stellt Fragen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Fachausschuss beschließt mehrheitlich.

mehrheitlich zugestimmt

zu TOP 7 Informationen zur Schulentwicklungsplanung

Frau Dr. Bergmann erläutert, dass ein Versuch unternommen wurde eine Zeitschiene für die Schulentwicklungsplanung zu erarbeiten.

Ihrer Meinung nach, könnte Ende November ein Rohentwurf des Schulentwicklungsplanes wenigstens für die Grund- und Sekundarschulen vorliegen.

Dann könnten zunächst einmal die Gemeinden zu den Grund- und Sekundarschulstandorten angehört werden. Anschließend bitten wir das Landesverwaltungsamt um Stellungnahme.

Alle weiteren Schulstandorte werden dann Zug um Zug in die Anhörung gegeben.

Nach einer dann durchzuführenden Erörterungsphase, kann erst der entgeltliche Plan vorgelegt werden (März 2009).

Sie bittet im diesem Zusammenhang darum, die dazu notwendige Fachausschusssitzung im März 2009 auf ein möglichst späten Zeitpunkt zu legen.

Frau Braun schlägt vor, diese Sitzung am 31.03.2009 durchzuführen.
Dieser Vorschlag wird seitens der Fachausschussmitglieder akzeptiert.

Frau Theil informiert, dass es vorgesehen ist, den Entwurf des Schulentwicklungsplanes, soweit er den Gemeinden zugestellt wurde, dem Fachausschuss in der Sitzung am 16.12.2008 vorzustellen.

Die Verordnung zur Schulentwicklungsplanung (SEPI- VO) vom 22.September 2008 wird mit dem Protokoll der 40. Sitzung zur Verfügung gestellt.

zu TOP 8 Anfragen und Hinweise

Frau Dr. Bergmann erklärt eine Statistik über die Anträge auf Ermäßigung der Schülerfahrkosten.

Sie schildert, dass der Bedarf an Ermäßigungen im Vergleich zum Jahr 2007 deutlich gestiegen ist. Im Jahre 2007 wurden insgesamt 8.412,00 Euro ausgegeben, im Jahre 2008 waren es per 30.09.2008 schon ca. 10.500 Euro.

Insgesamt wurden 152 Anträge gestellt, davon hatten 44 Antragssteller keinen Anspruch (Stand: 30.09.2008). Im Bereich der Gymnasien wurden 34, des Fachgymnasiums 5 und allgemein in den berufsbildenden Schulen 69 Anträge bewilligt.

Frau Braun und Frau Dräger stellen folglich fest, dass die Ausgaben in diesem Jahr doppelt so hoch sein werden.

Frau Braun ist der Meinung, dass dies ein Anzeichen für die Bedürftigkeit der Schüler/innen ist.

Sie bittet den Journalisten der Altmark-Zeitung, darauf hinzuweisen, dass Menschen mit ausgesprochen wenig Einkommen, ihre Ansprüche geltend machen können, indem sie einen Antrag auf Erstattung von Schülerfahrkosten beim Schulverwaltungs- und Kulturamt stellen.

Frau Dr. Bergmann erklärt unter anderem noch bezogen auf die Sitzung vom 09.09.2008 zum Nahverkehrsplan, dass die mitgeteilten Schulanfangszeiten auch im Schuljahr 2008/2009 gelten.

Herr Scholz kritisiert, dass die Schulzeiten der Privatschulen nicht mit aufgelistet sind, obwohl hier eine Schüleranzahl von ca. 500 Schülern betroffen ist.

Frau Theil versichert, dass die Zeiten der Privatschulen noch erfasst werden.

Des weiteren gibt Herr Scholz zu bedenken, dass die Wartezeiten zwischen Schulende und Abfahrtszeit der Busse viel zu groß sind.

Als nächstes merkt Frau Dr. Bergmann an, dass jedes Mitglied des Fachausschusses eine Übersicht erhalten hat, in dem die Ausbildungsberufe der BBS I + II aufgelistet sind.

Frau Braun regt an, dass in einer der folgenden Sitzungen über das Problem der Selektion von Hauptschulklassen, Sekundarschulklassen und Gymnasialklassen in Bezug auf längeres gemeinsames Lernen gesprochen werden soll.

Die Schulleiterin der Sekundarschule „Diesterweg“, Frau Mattner, würde sich bereit erklären, diese Problematik zu erläutern.

Eine Einladung soll diesbezüglich für eine der nächsten Sitzungen ausgesprochen werden .

Da es keine weiteren Anfragen und Hinweise gibt, schließt die Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung und verabschiedet die Gäste.

